

Auer Tageblatt

und Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Verantwortlicher Redakteur:
Fritz Ansbach.
Für die Inserate verantwortlich:
Arthur Kupfer.
beide in Aue.

Druck und Verlag:
Gebrüder Venthner
(Inh.: Paul Venthner)
in Aue.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags von 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Aue. — Fernsprecher 202.
Für unverlangt eingefandene Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 50 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 40 Pfg. und wöchentlich 10 Pfg. — Bei der Post bestellt und sehr abgeholt vierteljährlich 1.50 Mk. — Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1.92 Mk. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Deutscher Postzeitungs-Katalog — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Annahme von Anzeigen bis spätestens 9 1/2 Uhr vormittags. Für Aufnahme von größeren Anzeigen an bestimmten Stellen kann nur dann gebilligt werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingehen.
Inserationspreis: Die Lebensgehaltene Korpuszeile oder deren Raum 10 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Diese Nummer umfasst 6 Seiten

Das Wichtigste vom Tage.

Ein Erlass des Kaisers aus Anlaß der 25-jährigen Wiederkehr des Tages der Thronbesteigung Kaiser Wilhelm I. über die soziale Gesetzgebung lautet allen denen, die an dem Werke mitgearbeitet haben.

Der Bandenführer Ferreira ist mit seinen Leuten von der Kavallerie gefangen genommen worden.

Die Nordd. Allg. Ztg. veröffentlicht einen langen Begrüßungsartikel für das dänische Königs Paar, das heute in Berlin erwartet wird.

Ein japanisches Geschwader unter Vizeadmiral Katsuta wird im März oder April nächsten Jahres Amerika im Hafen von San Francisco einen Höflichkeitsbesuch abwarten.

Ein Handbroschen des Kaisers Franz Joseph ruft die Delegationen für den 25. November nach Budapest ein.

Eine gestern in Lugan abgehaltene Landeskonferenz der schweizerischen Bergarbeiter beschloß, an den Forderungen der Ziehungskommission festzuhalten.

In der Peterskirche in Rom erfolgte gestern mittag eine Bombenerplation, desgleichen eine in der Nähe des Pal. Balansa. Verdemale wurde Schaden nicht angerichtet.

Nach einer Meldung aus Buenos Ayres hat der Minister des Äußern, Cuenca, seine Demission abgegeben.

Die englische Presse verbreitet wieder einmal das Gerücht, eine Regenung zwischen Kaiser Wilhelm und Königin Eduard von England ließe nicht bevor.

* Näheres siehe unten.

Nicht Fisch, nicht Fleisch.

Das Wort nichts halb zu tun ist edler Geistes Art nicht in dem Spruchwort des jütischen Fürsten Bittow, sondern das hervorleuchtende Merkmal unserer derzeitigen Regierung ist die Halbheit, wenigstens in vernünftigen Dingen. Entschließen sich die Herren da oben endlich einmal zu irgend einer unumgänglichen gewordenen Maßnahme, dann kann man sicher sein, daß der Sache eine Portion Wonnens. Aber aufgehängt wird, und das, was mit der einen Hand gegeben wird, mit der anderen genommen wird. Eine Ausnahme von dieser Regel bedeutet nur die Agrarpolitik der Regierung. In der Liebe zu den Agrariern und in der Rücksichtslosigkeit gegen die großen Massen des Volkes gibt es bei den leitenden Staatsmännern nichts Halbes. In der Unersinnlichkeit betätigt die Regierung sich voll und ganz; wo es sich aber um einen politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Fortschritt handelt, da vermag der Mut, der in der Brust die Spannkraft übt, und an seine Stelle tritt, wie der Goethe-Kenner Fürst Bittow zitiieren würde, seiner Gedanken bängliches Schwanken.

Diese betrübliche Erscheinung ist kaum jemals so schroff und geradezu erschreckend in der Erscheinung getreten, wie bei dem Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Rechte Freude wird an diesem gesetzgeberischen Machwerk niemand haben, weder die Arbeiter, deren Berufsvereine der Gesetzentwurf schützen will, noch die Schatzmänner, die von ihm gegen die Berufsvereine der Arbeiter geschützt werden wollen. Die Regierung gibt den Berufsvereinen mit der einen Hand gewisse Rechte, um die Arbeiterorganisationen zu fördern, aber mit der anderen Hand legt sie ihnen Verpflichtungen auf, die der gefunden Entwicklung dieser Organisationen nur hinderlich sein können. So ist die Vorlage ein verunglücktes Mittelstück, nicht kalt, nicht warm, nicht Fisch nicht Fleisch. Man hat das Gefühl, daß bei den leitenden Staatsmännern die Rechte nicht weiß, was die Linke tut.

So darf der Zweck des Vereins nur auf die Wahrung und Förderung der mit dem Berufe seiner Mitglieder unmittelbar in Beziehung stehenden gemeinsamen gewerblichen Interessen oder daneben auf die Unterstützung seiner Mitglieder gerichtet sein, ohne daß ihnen ein Rechtsanspruch darauf eingeräumt wird. Liegt diese Voraussetzung nicht vor, so kann die Verwaltungsbehörde Einspruch erheben. Ist die Eintragung bereits erfolgt, so kann die Rechtsfähigkeit entzogen werden, wenn der Verein einen Zweck verfolgt oder Mittel des Vereins für einen Zweck verwendet, der der Satzung fremd ist, und falls er in der Satzung enthalten wäre, die Verwaltungsbehörde zum Einspruch gegen die Eintragung des Vereins berechtigt haben

würde. Schon diese Bestimmungen, die der Rechtsunsicherheit und der Schikane Haus und Tür öffnen, werden die Berufsvereine hindern, von der ihnen zugehörigen „Rechtswohltat“ des Gesetzes Gebrauch zu machen.

Weiter bildet die erhebliche Einschränkung des Streikrechts einen großen Gefahr für alle Arbeiterorganisationen. Denn abgesehen davon, daß die bezüglichen Bestimmungen sehr dehnungs- und deutungsfähig sind, wird unter Umständen ein Zwang zur Arbeit konstruiert, der die Freizügigkeit der Arbeiter praktisch aufhebt. Man kann gefüglich wohl verlangen, daß der Arbeiter eine ausgedehnte Kündigungsfrist innehält, aber daß eine Gesamtkündigung als Streik ausgeführt und demnach behandelt werden kann, was die Bestimmungen des fraglichen und fragwürdigen Gesetzentwurfes nur allzu leicht zulassen, das gefüglich festzusetzen, ist unmöglich. Die Furcht vor der Sozialdemokratie hat Anlaß gegeben, neue Rechtsgriffe zu schaffen. Ein Berufsverein soll die Rechtsfähigkeit beispielsweise verlieren, wenn er eine Arbeiterausperrung oder einen Arbeiterausstand herbeiführt oder fördert, die mit Rücksicht auf die Natur oder die Bestimmung des Betriebes geeignet sind, die Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaates zu gefährden, eine Störung in der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser oder Beleuchtung herbeizuführen oder eine gemeine Gefahr fürs Menschenleben zu verursachen. Eng ist die Welt, und die Begriffe sind — weit, sehr weit, daß wohl zum Schluß jeder Streik unter diesen Kautschuparagrafen gebracht werden könnte.

Man hat ganz den Eindruck, als ob auf Umwege über die anscheinend harmlose Vorlage eine Wiederaufwärmung der heiseren ohne Sang und Klang durchgefallenen Zucht-hausvorlage versucht werden soll. Die Arbeitervereine, und nicht etwa die sozialdemokratischen, werden unter diesen Umständen auf die „Rechtswohltat“, die ihnen der Gesetzentwurf bietet, verzichten. Aber nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber dürfen von dem Gesetzentwurf nichts weniger als erbaut sein. Wer doch von den Großindustriellen verlangt worden, daß die Berufsvereine eine Haftpflicht für ihre Mitglieder auferlegt werden sollte, von der im Falle eines mit Kontraktbruch verbundenen Streiks Gebrauch gemacht werden sollte, eine Forderung, der sich die Regierung einstimmig nicht gefügt hat.

Jedenfalls kann das Urteil über das neueste Gesetzgebungswort der Regierung nur sehr ungünstig sein. Wenn der Reichstag die Vorlage nicht auf das gründlichste umarbeitet, und wenn er es nicht versteht, die leitenden Männer zu einer besseren Einsicht zu bekehren, dann soll die Regierung ihren mit mehr Fleiß als Verstand ausgearbeiteten Gesetzentwurf sein sünderlich zusammenpacken und nach Möglichkeit zu anderen, nicht gesetzgeberischen Zwecken zu verwerten suchen!

Politische Tageschau.

Aue, 19. November 1906.

Aus dem Reichstage.

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß die Diätenbewilligung der scheidenden Saaleer ein Ende machen würde, so hat ihn der Sonnabend geliefert. Wie schwach waren sonst an Sonnabenden, die von den Reichstagen in der Regel zu einem Absterben nach Hause benutzt wurden, die Bänke besetzt, und wie dicht gedrängt präzentierten sich diesmal der Sitzungssaal! Nur am Bundesratsstische waren zu Beginn der Sitzung die um 11 Uhr anwesenden Exzellenzen zu sehen. Aber auch das Barometer der parlamentarischen Atmosphäre zeigte auf Sturm, denn die Debatten über die Wahlprüfungen erhöhten die Gemüter. Das an erster Stelle zur Benützung gekommene Mandat des konservativen Kern wurde nach kurzer Diskussion an die Kommission zurückverwiesen, der Kampf entbrannte erst um das Mandat des Reichsparteilers Hoessel, wobei die Redeschlacht so heftig tobte, daß Herr Dr. Müller-Sagan zweimal einen Ordnungsruf erhielt. An der Debatte beteiligten sich vorwiegend die Abg. Blumenthal der unter der Felterkeit des Hauses den Hauptmann von Köpenick mit den Wahlprüfungen in Zusammenhang brachte, dann Gothein, Singer, Fischer und Dr. Arendt. Das Schlusswort ergriff der Zentrumsgesandnete Gröber, der die Grundzüge der Wahlprüfungskommission unter lebhaftem Beifall seiner Fraktionsgenossen zu verteidigen suchte. Endlich um drei Uhr nachmittags kam es zur Abstimmung und die Gültigkeit der Wahl von Dr. Hoessel wurde bestätigt. Mit Rücksicht auf den Sonntag schritt sodann der Präsident zum Schluß der Sitzung und beauftragte die nächste für Montag um drei Uhr nachmittags an. Auf der Tagesordnung stehen die Fleißnotinterpellationen und Gersteninterpellation Speck.

Neue Kämpfe in Südwestafrika.

Ämtliche Meldung: Nach einem Telegramm des Obersten Deimling aus Keemanshoop vom 13. November abends hat eine Hottentottenbande unter Führung Süemans, anscheinend das bei Beginn des Feldzuges diegenannten Propheten, am 1. November die Befestigung von Umanaris in der Nähe des Stationsgebäudes überfallen. 5 Reiter sind ge-

fallen. Zwei wurden schwer, einer leicht verwundet. Oberleutnant Freiherr v. Fürstenberg übernahm zugleich mit der 9. Kompanie des 2. Feldregiments und dem Maschinengewehrzug Müller die Verfolgung in Richtung über Wasserfall in die großen Karrasberge. Westlich der großen Karrasberge erreichte er am 5. d. M. den Feind und trieb ihn nach kurzem Gefecht auseinander. 5 Mann der Bande stellten sich am 10. d. M. bei Hauptmann Siebert in Liesbob, östlich der Karrasberge, und gaben ihre Gewehre ab. Eine zweite Hottentottenbande zeigte sich am 8. November bei Kaiams, südwestlich Keemanshoop. Sie wurde von der 7. Kompanie des 1. Feldartillerieregiments unter Hauptmann Doerschlag Fischflüß abwärts verfolgt und lief am 10. November in den Fischflüßbergen auseinander. Oberleutnant Mollere verfolgte mit der 4. Kompanie des 2. Feldregiments und dem ersten Gebirgsgeleitzug seit dem 23. Oktober im Fischflüßgebiet eine Hottentottenbande unter Fiedling. Dieser Hottentottenführer, wahrscheinlich ein Bondezwart, hielt sich meist in den kleinen Karrasbergen auf, wo wo aus er Raubzüge und Viehdiebstähle unternahm. Mollere vertrieb am 24. Oktober den Gegner aus schwer zugänglichen Schlupfwinkeln am Fischflüß, südlich der Einmündung des Kapreniers, und trieb ihn über Huns in die wasserlosen Huibberge. Teile dieser Bande raubten am 8. November abends bei Willem Charitas, südwestlich Bethaniens eine größere Anzahl Transportiere. Leutnant Gerlich verfolgte die Räuber mit 30 Reitern von Kuibus aus. Er nahm am 9. November dem Feinde bei Harries das geraubte Vieh wieder ab, erbeutete dessen Reittiere und Proviant und trieb ihn in die Huibberge zurück. Mollere steht mit seiner Abteilung bei Hunstierlust und Reihbrunn, am Südrande der Huib-Hochabene.

Ueber Schulhygienismus

Liegen die B. N. R. im Anschluß an folgende Meldung: Sämtliche Berliner Gemeindefschulen, höheren Schulen, Seminare usw. werden am heutigen Montag aus Anlaß des Empfanges des Königs von Dänemark den Unterricht ausfallen lassen. Ein Teil der Schulkinder wird an der Spalierbildung teilnehmen. Das genannte Blatt bemerkt dazu: So unwahrscheinlich sie klingt, so wird diese Meldung dennoch bestätigt durch ein schon vor mehreren Tagen veröffentlichtes Programm, demzufolge sich Schulen außerhalb des Brandenburgischen Landes an der Spalierbildung beteiligen sollen. Wir fragen: Wer hat das angeordnet? Fragen ferner: Weiß der Kultusminister davon? Wenn ja, hat er dagegen nichts einzuwenden? Führt er sich hart genug, die Verantwortung für die Gefahren zu übernehmen, die der Gesundheit von Schulkindern durch langes Stehen im Freien an einem Novembertage immer droht? Kommt dem Minister auch nicht der Gedanke, daß die Schule über die ihr zur geistigen und moralischen Ausbildung anvertrauten Kinder nicht verfügen darf zu heterogenen, ja dieser Ausbildung zuwiderlaufenden Zwecken? Wie soll die Jugend einen wichtigen Wahlsatz zur Unterscheidung von Wichtig und Unwichtig bekommen oder bewahren, wenn ein rein höfischer Vorgang ihren Lehrern wichtig genug erscheint, die Arbeit ruhen zu lassen? Will man auf solche Weise etwa monarchischen Sinn pflegen? Unseres Erachtens jüchtet man damit auf der einen Seite Sozialdemokraten, auf der anderen Hygienisten. Sollte Kultusminister v. Studt nichts dabei finden, die Chronik seines Wirkens mit einem Vermerk über Duldung solchen Mißgriffes zu bereichern, so bleibt schließlich nur übrig, daß die Eltern, wenn sie das Unterbleiben der Arbeit nicht hindern können, ihren Kindern die Spalierbildung verbieten. Wir können diesen im Interesse der Monarchie sowohl wie unserer Beziehungen zu Dänemark verantworten. Ein Besuch des dänischen Königs, so erfreulich er in diplomatischem Sinne sein mag, ist weder ein Fest, noch hat er für das deutsche Volk überhaupt erhebliche Bedeutung.

Wieder einmal Skandaljenen im Österreichischen Abgeordnetenhaus.

Im Österreichischen Abgeordnetenhaus gab es am Sonnabend bei der Fortsetzung der Verhandlung über die Wahlreform große Skandaljenen. Als einige Redner auf das Wort verzichteten, erhoben die Tschechisch-Radikalen einen lurchbaren Skandal. Mitten im Trubel beantragte der Christlichsoziale Gehmann Schluß der Debatte. Ein neuer, furchtbarer Skandal ist Folge. Ruhe ertönen: Das ist ein Komploit, das ist Betrug! Im ganzen Saale herrscht ein ohrenbetäubender Lärm. Die Glode des Präsidenten bleibt wirkungslos. Graf Sternberg steht mitten vor der Präsidententribüne und schreit, lebhaft gestikulierend, auf den Präsidenten ein. Man hört nur die Worte: Gemeinheit, Betrügerei, Ueberrumpelung, Wortbruch. Als auf den Bänken der Deutschen der Ruf Abstimmung! ertönt, verhärtet sich der Lärm. So herrscht minutenlang ein vollständiges Tohuwahu. In diesem Augenblicke beantragt der Tschechischradikale Choc den Schluß der Sitzung. Der Präsident erhebt sich und erklärt, der Antrag Gehmann sei zurückgenommen, und fordert die Abgeordneten, welche für den Antrag Choc stimmen, auf sich zu erheben. Ein Teil des Hauses erhebt sich, und der Präsident erklärt den Antrag für angenommen. Nun springen die Christlichsozialen erregt von ihren Plätzen auf, schlagen mit den